

Leipzig, 9. December.

Unter dem verführerischen Klang, der die großen Umsturzer der Socialisten verbreiten oder mundgerechter machen soll, befindet sich auch eine Anzahl an sich sehr gut gemeinter, aber unausführbarer Forderungen, welche dem politischen Glaubensbekenntnis der alten Demokratie von 1848 entnommen sind. Dazu gehört die Forderung, das „souveraine Volk“ sich selbst regieren soll nicht nur in inneren, sondern auch in auswärtigen Dingen, das es namentlich entscheiden soll, ob es Krieg oder Frieden haben will. Auch die neue Bebel'sche Agitationschrift, aus der wir gestern Einiges zum Besten gaben, erhebt von Neuem im Namen des Socialismus diesen Anspruch, der durchaus nicht neu, am allerwenigsten eine socialistische Erfindung ist.

Wären unsere Völker nun wirklich souverain, wären sie mündig, wäre politische Bildung, Reife und Selbstbeherrschung bis in die untersten Massen gedungen, dann dürfte man die Entscheidung über Krieg und Frieden getrost in ihre Hände legen. In Wahrheit ist es aber nicht so, und die großen politischen Fragen würden, wenn es nach dem Wunsche Bebel's ginge, nicht von den Regierungen, aber auch nicht vom Volke, sondern in dessen angeblühem Austrage von einzelnen Demagogen entschieden werden. Diese würden das „souveraine Volk“ nur als Spielball benutzen, den sie bald nach dieser, bald nach jener Windrichtung hin dirigiren würden. Ob wir da wohl einen guten Tausch machen würden? Dazu kommt noch, dass in allen anderen Ländern die Diplomatie nicht vom Volke, sondern von den Cabineten gemacht wird und das wir Deutschen mit sehr ungleichen Waffen kämpfen würden, wenn wir allein unser Wissen und Wollen offen austragen wollten, während die gegenwärtige Diplomatie sich der allgemöhten Augenblöndheit befleißigt.

Je mehr ein Volk fortschreitet in dem Verständniß dessen, was ihm frommt und ziemt, je mehr es sich mit dem Bewußtsein der ihm angewiesenen Stellung und der Pflichten erfüllt, die ihm dadurch zu wachsen, desto lebhafter wird natürlich in diesem Volke das Interesse an den Fragen der großen Politik erwachen. Die öffentliche Meinung wird ihren Einfluß geltend machen, und die Leiter der Politik werden ihr, soweit es ohne Schaden möglich ist, Auskunft zu geben haben über den allgemeinen Curs, den das Staatsgeschick nehmen soll, und über das Ziel, nach welchem sie es zu steuern gedenken. Ein Vorgesetzter dürfen wir aber nicht verlangen, so lange die auswärtige Politik sich noch zwischen den Cabineten bewegt und bewegen muß. Ueber die Zweckmäßigkeit und Zeitgemäßheit der einzelnen Schritte können eben nur diejenigen urtheilen, die eine vollständige Kenntniß des jeweiligen Sachverhalts haben.

Dies ist die Linie, welche die Leitung der deutschen Politik der öffentlichen Meinung gegenüber bisher stets eingehalten hat. Auch jetzt wieder hat der Reichskanzler seine Stellung zur brennendsten Frage in großen Zügen klar gelegt. Er hat Fühlung mit der allgemeinen Stimmung gesucht und wird gefunden haben, daß er im Großen und Ganzen die Wünsche der Mehrheit getroffen hat. Im Einzelnen hat er uns nicht Rede zu stehen. Selbst wenn er es wollte, wären wir gar nicht in der Lage, ein Urtheil darüber auszusprechen, ob seine Schritte nicht die zweck- und zeitgemähesten gewesen sind. Wohl aber können wir sagen: daß die deutsche Volk ist mit dem großen Ziele, welches sich die deutsche Reichsregierung gestellt hat, den Frieden zu vermitteln und, falls dessen Erhaltung nicht gelingen sollte, den Krieg auf das kleinste Gebiet einzuschränken, einverstanden und wünscht ihr dabei den besten Erfolg. Im Uebrigen überläßt es die Entscheidung der Krieg- und Friedensfrage nach wie vor der bewährten Leitung.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 9. December.

Die „National. Corresp.“ schreibt: Die sogenannten Deutsch-Conservativen in Sachsen, von deren in Leipzig abgehaltener Versammlung neulich berichtet wurde, hat es verdroffen, daß man sie des Particularismus beschuldigt hat. Ein Freiherr von Tauchnitz besetzt das „Leipziger Tageblatt“ mit einer Zuschrift, in welcher er seine Partei gegen jene Beschuldigung verwahrt und alsdann ermahnt, man solle doch die conservative Partei im Reich sich ruhig constituiren lassen, denn es sei ein Erforderniß alles gesunden Staatslebens, daß eine liberale und eine conservative Partei einander das Gleichgewicht hielten und abwechselnd am Ruder ständen. Gegen diese Theorie ist an sich Nichts einzuwenden; nur fragt sich, was im deutschen Reich als conservativ gelten kann, bezw. ob eine conservativ Partei im Gegensatz zur national-liberalen in demselben heute bereits eine Berechtigung hat. Die ungeheure politische Revolution, welche Deutschland in den Jahren 1866 und 1870/71 durchgemacht hat, bedingte die Schaffung neuer Grundlagen, auf welchen die neue nationale Entwicklung sich vollziehen kann. Alles, was die Reichsregierung seit der größeren legislativischen Werke zu Tage gefördert hat, hielt sich in dem Rahmen dieser notwendigen Grundlagen, war eine unumgängliche Consequenz der Reichserschöpfung selbst. Und noch ist diese Aufgabe, wie Jeder weiß, bei Weitem

nicht abgeschlossen. Was ist es nun, was die sogenannten Deutschconservativen in dem neuen Reich „conserviren“ wollen? Sind es die in dem letzten Jahrzehnt gewonnenen Grundlagen? Alsdann sind die Liberalen, wenigstens die National-liberalen, zum mindesten ebenso conservativ, wie die Deutschconservativen selbst. Sollte es sich aber umgekehrt um die Erhaltung von politischen und wirtschaftlichen Zuständen handeln, welche mit der neuen Reichsregierung nicht vereinbar sind, so würden die Deutschconservativen, vom Standpuncte des Reiches aus betrachtet, nicht Conservative, sondern Reactionäre sein. Und für eine reactionaire Partei ist in einem „gesunden“ Staatsleben kein Raum.

Wie in Leipzig, so macht die Fortschrittspartei auch in den Wahlkreisen Babian-Weißlau, Graudenz-Strasburg, Zeltow-Beelow-Storfow, Hanau-Welshausen und im 2. oldenburgischen Wahlkreise die größten Anstrengungen, die bisherigen nationalliberalen Abgeordneten zu Gunsten von Candidaten ihrer Farbe zu verdrängen. Diese Beispiele ließen sich vermehren. Dabei ist aber zu constatiren, daß es sich hier keineswegs um locale Meinungsverschiedenheiten handelt, sondern daß die Befehdung vielfach unter der Conivenz, wenn nicht gar auf Anstiften der fortschrittlichen Centralstelle erfolgt. Das Sünderregister, welches bei dieser Gelegenheit den Angegriffenen vorgehalten wird, würde so ziemlich für Dreiviertel der nationalliberalen Partei Gültigkeit haben. Man könnte also logischer Weise zu der Annahme gelangen, daß die Fortschrittspartei diese ganze Partei bekämpfen würde, wenn ihr die Möglichkeit gegeben wäre. Dies würde denn freilich ein etwas überraschendes Licht auf die Stellung werfen, welche die Fortschrittspartei im künftigen Reichstage einzunehmen gedenkt. In bemerkenswerther Weise stimmt damit zusammen die durch die fortschrittliche Presse gehende Ermahnung, die Fortschrittspartei bei den Reichstagswahlen um mindestens etwa 12 Mann zu verstärken, damit sie mit den Ultramontanen, Polen und Socialdemokraten zusammen eine Majorität zu bilden im Stande sei. Hierin wird „die Bedeutung der bevorstehenden Wahl“ gefunden. Man muß also fortschrittlicherseits die Absicht haben, von dieser Majorität im Gegensatz zu den National-liberalen öfter Gebrauch zu machen. Wie die Führerschaft eines also zusammengesetzten Partei-conglomerats bei der Bezeichnung „deutsche“ Fortschrittspartei passen würde, mag dahin gestellt bleiben.

Das fünfte Verzeichniß der bei dem deutschen Reichstage eingegangenen Petitionen enthält zahlreiche Petitionen zur Eisenzollfrage. Solche im schutzzöllnerischen Sinne sind eingegangen: von der Ehr. Fischer'schen Eisengießerei und Maschinenfabrik zu Augsburg; von der Gußstahlfabrik Friedr. Krupp zu Essen; von der Eisengießerei und Maschinenfabrik Ferd. Vetsch & Co. zu Schwarga bei Suhl und Genossen; von Carl von Born zu Dortmund und Genossen; von Dr. Goede zu Duisburg; vom Fabrikant Ehrenfried Fessel zu Berlin und Genossen; von der Maschinenfabrik und Eisengießerei Baele, Rabe & Erath zu Schmölln, Hall und Genossen; von der Handelskammer zu Mühlheim an der Ruhr; von den Fabrikanten Fanne und Elbers zu Fagen in Westfalen; von der Tuzenburger Bergwerks-, Saarbrücker Eisenhütten-Aktiengesellschaft in Burbach a. d. Saar und Genossen. Im freihändlerischen Sinne petitioniren sieben landwirthschaftliche Vereine. Wegen der Aburtheilung der Preßorgane durch Schwurgerichte und den Zeugnißzwang sind aus Bayern (Schweinfurt und Schwabach) noch zwei Petitionen eingelangt. Dagegen bitten J. Müller und Genossen zu Langenberg bei Elberfeld (überreicht durch den Abg. Dr. Tschow), das Zustandekommen der Justizgesetze nicht durch die Frage der Ueberweisung der mittels der Presse begangenen strafbaren Handlungen an die Schwurgerichte und andere wichtige Fragen scheitern zu lassen. Fürst Carl Egon zu Fürstenberg zu Donaueschingen erklärt für sich und im Namen der großen Mehrzahl seiner Standesgenossen, daß sie die Erhaltung des Vorraths bezüglich der Eideleistung und aller anderen durch die Justizgesetze bedrohten Rechte einen hohen Werth legen und daher an ihrer früheren Eingabe in allen Punkten festhalten. Dr. med. Boedemann und Genossen zu Greifswald und Kaufmann Creutz und Genossen in Stettin bitten, dafür zu sorgen, daß von der Eideformel jede Bezeichnung auf eine irgendwie beschaffene religiöse Glaubensvorstellung ausgeschlossen und dieselbe auf die einfachen Worte „Ich schwöre“ beschränkt werde. — Zu dem Gesetzentwurf, betreffend die Untersuchung von See-Unfällen, hat der Seeschiffers-Verein „Defier“ zu Bremerhaven Abänderungsvorschläge eingereicht; zu dem Gesetzentwurf, betreffend den Schutz nützlicher Vogelarten, der Freiherr von Mirbach zu Sorquitten in Ostpreußen und Graf von Rodow zu Lüben in Schlesien, im Namen des Allgemeinen deutschen Jagdschützenvereins. Zu dem von Dr. Schulze-Dehliß vorgelegten Gesetzentwurf, betreffend die privatrechtliche Stellung der Erwerber- und Wirthschaftsgenossen, sind 399 zustimmende Petitionen eingegangen.

Die der Wiener Regierung nachstehenden Blätter beurtheilen die Reaktionen Bismarck's über die Orientfrage jetzt günstiger, als im ersten Augenblick nach ihrem Bekanntwerden. So sagt das „Freundenblatt“: „Diese offene Anerkennung der Interessengemeinsamkeit findet in allen politischen Kreisen lebhaften Widerhall. Mehrseitig wird auch mit Genußnahme hervorgehoben, daß die Constanz der Erisen des Dreikaiserbundes aus dem Munde des Fürstlichen Bismarck eine schlagende Widerlegung jener Speculationen sei, die auf Zerrwürfnisse zwischen den drei Mächten rechnen. Oesterreichs Friedenspolitik findet in so offener Anerkennung des mächtigen Nachbarnstates die sicherste Gewähr, in der eigenen Kraft des Reiches aber den besten Schutz.“ Die Urtheile der französischen Presse über die letzte Rede des Fürstlichen Bismarck sind im Allgemeinen gerecht und verständlich. So sagt der „Moniteur“: „Die Worte des Fürstlichen Bismarck in der gestrigen Reichstagsstimmung waren dem, was man von der deutschen Politik zu wissen glaubte, vollständig gemäß. Der Kanzler stellt darin Deutschland als eine durch unerschütterliche Gemüthsstärke der Sympathien und Interessen mit Russland verbundene Macht dar. Er besäugt, daß der Kaiser Alexander gegen eine jede Eroberung im Orient eingeklemmt gewesen ist und sein wird, und daß er von Deutschland Nichts verlangt, was das übersteigt, was man sich unter Nachbarn schadet, mit denen man befreundet ist, und welches eine Entschädigung erfordert, die anzugehen das Berliner Cabinet übrigens sehr verlegen sein würde. So verliert Fürst Bismarck. Endlich betonte er zu verschiedenen Malen, daß die Politik niemals mit den fiscalen und industriellen Fragen vermengt, was uns zu glauben gestattet, daß die Weigerung Deutschlands, sich an der Ausstellung von 1875 zu betheiligen, nichts Besorgnispornendes für die guten Beziehungen zwischen Frankreich und dem Berliner Cabinet hat.“ Bis dahin enthält die Rede des Kanzlers nichts Ungewöhnliches. Nur wird man bemerken, daß er vermied, auf die Lage Oesterreichs anzudeuten, von welcher er in letzter Woche auf seiner parlamentarischen Seite mit so großem Wohlgefallen sprach. Die Rede vertrat der Gegenstand nicht die Entwidlung ästhetischer Bemerkungen, vielleicht wäre damit das Maß einer officiellen Erklärung überschritten worden. Wie dem nun auch sein mag, Oesterreich glänzt in der Rede vom 3. December durch seine Abwesenheit. Dagegen kam Fürst Bismarck auf die Idee zurück, daß zwischen Deutschland und England eine Tradition von freundschaftlichen Beziehungen besteht, welche weder den Frieden noch den Drei-Kaiser-Bund bedroht. Diese Sprache ist neu, sie ist der Ausdruck eines charakteristischen Zuges in der Haltung des Berliner Cabinets, denn wenn wir ein gutes Gedächtniß haben, so hat die deutsche Presse, officiell oder nicht, sich seit vier Jahren keine Gelegenheit entgehen lassen, um den Schleiher zu verächtlich, der diese Tradition der guten Beziehungen den Augen des Publicums entzog.

von Frankreich sprach der Kanzler nur, um zu constatiren, daß unser Land im Orient wenig mehr Interesse als Deutschland habe. Denn wir können nicht glauben, daß er auf Frankreich anspielte, als er den Fall voranschick, daß er vielleicht in drei Jahren des Wohlwollens von Russland bedürftig sei, und hinzusetzte, daß er sich ein verdröhntes Reich nicht entfremden wolle, indem er in diesem Augenblick ökonomische Repressalien ergreife.“

Rechnlich die „Republique Francaise“, welche ihre Bemerkungen mit den Worten schließt: „Im Ganzen geht aus der Rede des Fürstlichen Bismarck hervor, daß Deutschland für Russland sympathisch, so lange es verliert ist, daß dieses keine ehrsüchtigen Absichten auf die Donauprovinsen hat, mit Jedermann in guten Beziehungen bleiben und durch Ueberredung an der Erhaltung des Friedens oder wenigstens an der Localisirung des Krieges im Orient arbeiten wird. Im Interesse der Ruhe Europas konnte man nicht mehr wünschen.“ Politische Katholisität — das ist die Signatur der leitenden Sphären Frankreichs. Die Ministerkrisis bewegt sich im Kreise. Nach Erschöpfung der verhältnißmäßig geringen Anzahl von Combinationen, welche die Stellung der Parteien gestattet, nach Anhörung der berufensten parlamentarischen Autoritäten, wie des Duc d'Audiffret und des Herrn Grevy sieht sich der Marschall Mac Mahon wieder auf den Punkt zurückverlegt, von dem er ausgegangen. Mit anderen Worten: Dufaur hat sich bereit erklärt, daß er, die Zustimmung seiner sämtlichen Kollegen vorausgesetzt, im Amte bleiben wolle. Diese Art, der Krise eine Ende zu bereiten, hätte jedenfalls den Vorzug der Originalität, wenn nicht die beigefügte Clausel das gewählte Aufschwundmittel wieder einigermaßen hinfällig machte.

Die Minister haben am Donnerstag aus Anlaß der Cabinetkrisis wiederum mit Delegirten der Gruppen der linken Besprechungen gehandelt; die Delegirten haben dabei in dem Programm vorgeschlagen, daß sowohl dem Marschall-Präsidenten wie den Ministern unannehmbar zu sein scheint. Bis jetzt ist eine definitive Entschlüsselung von den Ministern noch nicht getroffen. Die Mitglieder der Conferenz haben bereits einzeln unter sich mehrere Besprechungen gehabt, insbesondere hatte der Marschall von Salisbury eine lange Unterredung mit dem General Ignatieff. Die eigentlichen Präliminar-Conferenzen werden erst später beginnen. Außer Salisbury werden demnächst auch die übrigen Bevollmächtigten vom Sultan in Privataudienz empfangen werden. Der Marschall von Salisbury hat außer mit dem General Ignatieff auch mit den Vertretern der anderen Mächte Besprechungen gehabt. Die Verhandlungen der Conferenz sollen neueren Nachrichten zufolge bereits am Montag ihren Anfang nehmen. Die rumänische Deputirtenkammer hat zur Bestreitung der Ausgaben für die concentrirte

Armee bis zum Ende dieses Jahres einen Credit von 1,045,000 Lei bewilligt.

Das griechische Ministerium hat sich nunmehr neu constituirt. Deligeorgis ist Minister des Aeßern und Ministerpräsident.

Das Ergebniß der nordamerikanischen Präsidentschaftswahl ist noch immer in Frage gestellt! Sollte die Wahl resultatlos bleiben, so tritt der Congress in sein verfassungsmäßiges Recht, der, da das Repräsentantenhaus demokratisch gesinnt ist, ganz sicher Mr. Tilden zum Präsidenten wählen wird. Der Senat ist republikanisch und wird daher den republikanischen Candidaten Mr. Wheeler wahrscheinlich zum Vicepräsidenten wählen.

Das „Reuter'sche Bureau“ meldet aus Mexiko vom 1. d.: Porfirio Diaz ist nach einer am 16. November gewonnenen Schlacht am 30. November in die Stadt Mexico eingedrückt und hat sich zum provisorischen Präsidenten erklärt. Der Präsident Verbe de Tejada und die Mitglieder der Regierung sind nach Morelia geflohen. Gegen den Präsidenten des obersten Gerichtshofes, Jose Maria Iglesias, der in Sanjuate eine Regierung gebildet und sich zum Präsidenten erklärt hatte, hat Porfirio Diaz Truppen abgeschickt.

Schach.

Aufgabe Nr. 287.

Von Herrn Robert Braune in Gottschee. (Aus dem Problemturnier des Westdeutschen Schachbundes.)



WeiB zieht an und setzt in vier Zügen matt.

Der zehnte rheinische Schachcongres.

Seit der von zahlreichen Schachfreunden besuchten Schachversammlung zu Erfeld im Jahre 1871 hat in den Rheinlanden, der trübten Zeitverhältnisse halber, der gewöhnliche alljährliche Congres nicht stattgefunden. Erst in diesem Jahre haben sich die rheinischen hervorragenden Kräfte entschlossen, den westdeutschen Schachbund wieder zu beleben und ein, wenn auch bescheidenes, Aufschwundfest zu feiern. Dies feiert ist im September d. J. zu Düsseldorf vor sich gegangen und verlief in recht befriedigender Weise. Von hervorragenden Schachspielern hatten sich indessen nur die beiden Brüder Paulsen eingefunden. In einem Problemturnier für vierjährige Aufgaben, welches zahlreiche Theilnahme erfuhr, erhielten die bekannten Problemdichter: R. Klett in Stuttgart, Johann Berger in Graz und Adolf Bayerdorfer in München die Preise (gleich hohe je 50 L.). Die Aufgabe des Erstgenannten wurde als Lösungsaufgabe benutzt, blieb indessen ungelöst. Wir werden dieselbe später reproduciren. Für heute unterbreiten wir unsern Lesern die obige Aufgabe von R. Braune, die ebenfalls als Bewerbung eingegangen war.

Lösung von Nr. 286.

- 1) Da4-a5 Ld2-e3
2) Da5-e1 Le3-g1
3) e2-c4 matt.
1) Ld2-a5
2) Kg1-f5 nebst
3) e2-e4 matt.

Eingelaufene Lösungen.

Nr. 286 von Friedrich Luban, C. P., Paul Renner, Rengel.
Nr. 285 ferner von R. R.

Briefwechsel.

J. G. Die mit dem zweiten Preise gekrönte Aufgabe ist in der Illustrirten Zeitung und in der Deutschen Schachzeitung erschienen; wir werden dieselbe, da ihr eine Incorrectheit anhaftet, nicht bringen.
J. S. R. und G. R. Ihre Lösung von Nr. 284 war nicht zutreffend.
D. L. Wir werden Ihren Versuch prüfen.

Arithmetische Aufgabe Nr. 128.

Aus den Ziffern 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9 Zahlen (ganze Zahlen oder gemeine und zwar echte oder unechte Brüchle oder gemischte Zahlen) zu bilden, die multiplicirt ein Product geben, in dem mindestens 4 Nullen enthalten sind. Welches Product zeigt 6 Nullen?
Beispiel: 9463125 * 7 = 10815000,